

# MMT & Green-New-Deal-Debatte: Die Finanzierung der sozialen und ökologischen Transformation & Wer zahlt?

Dr. Dirk Ehnts

~~4. März 2021~~

8. Juli 2021



# MMT auf einer Folie

- Der Staat ist Schöpfer der Währung. Die Bundesregierung erzeugt mit ihren Ausgaben immer neues Geld, weil die Bundesbank die Konten der empfangenden Banken hochbucht. Diese erhöhen das Guthaben der EmpfängerInnen.
- Das Zentralkonto des Bundes (Inhaber: BMF) muss morgens auf null sein, dann ist die Ampel grün und die Bundesbank tätigt alle Überweisungen.
- Eine „Finanzierung“ (Duden: finanzielle Mittel für etwas, jemanden zur Verfügung stellen) der Staatsausgaben auf Bundesebene ist technisch unmöglich: die finanziellen Mittel werden bei der Verausgabung erzeugt. (Es gibt keine Defizitfinanzierung.)
- Steuererlöse und Erlöse aus Verkauf von Staatsanleihen sind Rückflüsse an den Staat. Steuerzahlungen reduzieren 1:1 die Staatsverschuldung, Staatsanleihen 1:1 die Menge an Zentralbankgeld (Ausnahme: Wertpapierleihe)
- Staatliches Geld ist ein Schuldschein des Staats. Er schuldet die Rücknahme für Zahlungen an den Staat (Steuern). Für uns ist es eine Steuergutschrift. Der Staat kann bei seiner Zentralbank kein „Geld“ haben.

# Modern Mainstream Theory



- Interview von C-SPAN (Greta Brawner) mit Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Repräsentantenhauses, der Demokrat John Yarmouth aus Kentucky (17. Juni 2021):

„Wir können es uns leisten, weil wir auf Bundesebene bestimmen, wie viel Geld im System ist. Die Bundesregierung ist nicht wie jeder andere Nutzer von Währung, nicht wie jeder Haushalt, jedes Unternehmen, jede staatliche oder lokale Regierung. Wir geben unsere eigene Währung aus und können genug ausgeben, um die Bedürfnisse des amerikanischen Volkes zu befriedigen, wobei die einzige Einschränkung darin besteht, dass wir uns um die Inflation durch diese Ausgaben sorgen müssen.“

# Modern Mainstream Theory



- Interview von C-SPAN (Greta Brawner) mit Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Repräsentantenhauses, der Demokrat John Yarmouth aus Kentucky:

„Was sie [Stephanie Kelton] sagt, ist, dass wenn man sich die gesamte Staatsverschuldung ansieht, 28 Billionen Dollar im Moment, denken Sie nicht an Schulden. Betrachten Sie es als all das Geld, das die Bundesregierung in unser Land investiert hat, abzüglich der Steuern. Und das ist es, was es wirklich ist. Diese 28 Billionen Dollar existierten nicht, weil die Fed sie ausgegeben hat. Also, die Bundesregierung hat die Fähigkeit, Geld zu schaffen, schaffen Finanzierung, und das ist, was wir getan haben und weiterhin zu tun.“

# Modern Mainstream Theory



- Interview von C-SPAN (Greta Brawner) mit Vorsitzende des Haushalts-ausschusses des Repräsentantenhauses, der Demokrat John Yarmouth aus Kentucky:

„Historisch gesehen, haben wir immer gesagt: Was können wir uns leisten? Und das ist nicht die richtige Frage. Die richtige Frage ist: Was brauchen die Amerikaner von uns zu tun? Und diese Frage wird zur ersten Frage, wenn man sie beantwortet hat, dann sagt man, wie man dieses Bedürfnis befriedigen kann. Das ist nicht nur Geld, das ist auch Kapazität. Zum Beispiel gibt es im *American Families Plan* eine Investition von 250 Milliarden Dollar in die Kinderbetreuung. Sie können nicht einfach sagen, wir geben den Leuten 250 Milliarden Dollar, um ihre Kinderbetreuung zu bezahlen, weil es nicht genug Kapazitäten gibt. [...] Was man also tun muss, ist, einen Teil dieses Geldes für den Aufbau von Kapazitäten auszugeben, damit es genug Kinderbetreuung gibt, um uns, die Menschen, die sie brauchen, zu bedienen.“

# Finanzierung des Green New Deal

- Makro-Lehrbücher kennen drei Optionen der Staatsfinanzierung:
  - Steuererhöhungen. Politisch unbeliebt. Polit-ökonomisch fast unmöglich. Reiche werden gegen GND kämpfen mit allem, was sie haben.
  - Schuldenaufnahme. Politisch unbeliebt, weil Angst vor Belastung zukünftiger Generationen. Blödsinnig, da Zahlungen immer nur im heute, aber egal.
  - Zentralbankfinanzierung (direkte Staatsfinanzierung). Politisch unmöglich.
- Nach der MMT gibt es keine Staatsfinanzierung. Der Staat erzeugt Geld beim Ausgeben. Frage ist irrelevant.
- Nur wer durch den GND mehr Einkommen hat, wird mehr Steuern zahlen.
- Relevante Frage: haben wir genügend Ressourcen?

# Ressourcen?

## Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung - Aktuelle Eckwerte

Ausgewählte Merkmale	Juni 2021	Mai 2021	April 2021	Vergleich aktueller Monatswert zum Vorjahresmonat (Arbeitslosenquote Vorjahreswerte)	
				absolut	in %
Arbeitslose insgesamt	2.613.825	2.687.191	2.771.232	-239.482	-8,4
im Rechtskreis SGB III	961.495	1.020.165	1.091.478	-235.483	-19,7
im Rechtskreis SGB II	1.652.330	1.667.026	1.679.754	-3.999	-0,2
Arbeitslosenquote (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen)	5,7	5,9	6,0	6,2	-
im Rechtskreis SGB III	2,1	2,2	2,4	2,6	-
im Rechtskreis SGB II	3,6	3,6	3,7	3,6	-
Arbeitslosigkeit im weiteren Sinne	2.963.254	3.038.945	3.120.285	-208.607	-6,6
Unterbeschäftigung im engeren Sinne	3.392.487	3.473.654	3.547.411	-206.305	-5,7
Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit)	3.410.918	3.491.899	3.565.733	-206.773	-5,7
Unterbeschäftigungsquote (ohne Kurzarbeit)	7,3	7,5	7,6	7,8	-

# Wer zahlt?



- *Jetzt stellt sich die Frage "Wer zahlt für die Krise?"*
  - Zu spät. Die Ausgaben des Staates sind schon getätigt. Die Kosten der Krise sind schon verteilt: Arbeitslosigkeit, Einkommens- und Konsumausfall, etc.
- *... damit die Antwort nicht, wie nach der Finanzkrise 2008, lautet: Der Krankenpfleger und die Rentnerin zahlen für die Krise*
  - Es gab keine Steuererhöhungen nach der Finanzkrise. Auch dort wurde mit Geld gearbeitet, was die Regierungen über ihre Zentralbanken neu schufen.
- *Um die Corona-Krise und die sozialökologische Transformation zu finanzieren, sind eine ganze Reihe steuerlicher Maßnahmen ... notwendig.*
  - Steuern sind notwendig, aber nicht zur Finanzierung, sondern um Anreize zu setzen, umzuverteilen, Ressourcen freizumachen und Inflation zu drücken.

# Die Forderungen sind gut...



## Unsere Forderungen in Kürze

- Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer mit einem progressiven Steuersatz.
- Die Reform der Erbschaftsteuer mit dem Wegfall der Begünstigungen für den Besitz an Unternehmen.
- Eine Vermögensabgabe, um die aktuellen Belastungen aus der Coronapandemie auszugleichen.

... könnten aber anders begründet werden:



### Unsere Forderungen in Kürze

- Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer mit einem progressiven Steuersatz *zum Schutz der Demokratie vor einer Oligarchie.*
- Die Reform der Erbschaftsteuer mit dem Wegfall der Begünstigungen für den Besitz an Unternehmen. *(64,7% der deutschen Milliardäre haben ihren Reichtum geerbt.<sup>1</sup>)*
- Eine Vermögensabgabe, um die *unverdienten Gewinne und Verluste* ~~aktuellen Belastungen~~ aus der Coronapandemie auszugleichen.

<sup>1</sup> <https://www.manager-magazin.de/unternehmen/personalien/so-viele-deutsche-milliardaere-haben-ihr-vermoegen-geerbt-a-1109595.html>

# Das Problem: Kapitalismus oder Oligarchie?

 **Bernie Sanders** ✓  
@BernieSanders

The reality now is that we are living in an oligarchic society.

The top 1% owns more wealth than the bottom 92%.  
Over the last 30 years, the top 1%'s wealth has increased by \$21 trillion while the bottom half's declined.

Is that the kind of country we are satisfied with?

[Tweet übersetzen](#)

10:17 nachm. · 7. Juli 2021 · Twitter Web App

---

4.138 Retweets   241 Zitierte Tweets   20.508 „Gefällt mir“-Angaben

We had to struggle with the old enemies of peace--business and financial monopoly, speculation, reckless banking, class antagonism, sectionalism, war profiteering.

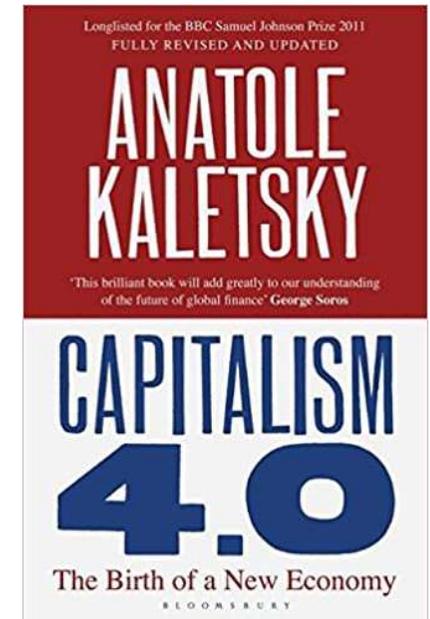
They had begun to consider the Government of the United States as a mere appendage to their own affairs. We know now that Government by organized money is just as dangerous as Government by organized mob.

**Franklin Roosevelt's Address Announcing the Second New Deal**

October 31, 1936

# Kapitalismus 4.0 (mit GND)

- Der Staat kann und soll seine Ausgaben am **Gemeinwohl** ausrichten. Er kann unbegrenzt Geld ausgeben, allerdings sind die Ressourcen nicht unbegrenzt (Opportunitätskosten).
- **Institutionelles Hindernis** in der Eurozone/DEU: Stabilitäts- und Wachstumspakt (3%/60%), Schuldenbremse, schwarze Null und schwäbische Hausfrau.
  - *Reform Eurozone, Schuldenbremse*
- **Politikökonomisches Hindernis**: Machtverteilung beruhend auf Verteilung von Einkommen und Vermögen.
  - *Reform Steuersystem, Regulierung der Finanzmärkte, kostenlose Bereitstellung staatlicher Gemeingüter (Recht auf Wohnen, ...), Erzeugung von Lohndruck durch Wirtschaftspolitik (Jobgarantie, Vollbeschäftigungsziel, ...)*



# Dankeschön!

- Ende.